

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor wenigen Tagen habe ich ein
dänisches Sprichwort gelesen, das lautet:

„Kleine Sorgen machen viele Worte,
große sind stumm“.

Wenn ich dieses Sprichwort auf den
Haushaltsentwurf 2005 und die daran
anschließende Finanzplanung anwenden
würde, müßte ich auf der Stelle
verstummen, denn die Sorgen sind groß.

Andererseits heißt es aber auch

„Geheime Sorge macht das Herz schwer“

So habe ich mich dann doch zugunsten
meines Herzens entschieden und möchte
Ihnen einen Überblick über die aktuelle

Finanzlage und die weiteren Perspektiven geben.

Die geringste meiner Sorgen ist dem Haushaltsjahr 2004 geschuldet. Nach dem derzeitigen Auswertungsstand des Jahresergebnisses 2004 bleiben wir erneut deutlich unter dem prognostizierten und im HSK dargestellten Defizit. Zwar ist es – im Gegensatz zum Jahr davor - nicht gelungen, den Verwaltungshaushalt völlig auszugleichen. Der zur Zeit abzusehende Fehlbetrag bewegt sich momentan aber unter 500.000 € - eine deutliche Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Annahme von über 3 Mio. €.

Eine wesentliche Ursache für diese positive Entwicklung ist bei der Gewerbesteuer zu sehen. Mit rund 37,7 Mio. € wurde der Ansatz von 36 Mio. €

klar übertroffen. Über viele Monate hinweg, die Mitglieder des BOFi können sich sicherlich an die entsprechende Berichterstattung erinnern, sah die Situation durchaus nicht so freundlich aus, aber in der zweiten Jahreshälfte gab es einen deutlichen Aufschwung. Ich bin sehr froh, daß unsere – schon von vielen als mutig angesehenen – Prognose zum Gewerbesteueraufkommen von der Realität noch übertroffen wurde.

Zu zahlreichen weiteren Verbesserungen haben auch wieder die Ämter und Einrichtungen der Stadt Lüdenscheid beigetragen, die in vielen Fällen mit sparsamer und zurückhaltender Bewirtschaftung der knappen Mittel dennoch ein sehr reichhaltiges und qualitativ hochstehendes Leistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gewährleistet haben – ihnen sei hierfür herzlich gedankt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Gelegenheit ergreifen, den Ratsmitgliedern der letzten Ratsperiode dafür zu danken, daß sie den schwierigen Weg eines Haushaltssicherungskonzeptes mitgegangen sind und unter „Politik machen“ nicht verstanden haben, immer mehr Geld auszugeben, sondern mit den vorhandenen Mitteln auszukommen und das Bestmögliche zu erreichen.

Allerdings ist auf eines hinzuweisen: In früheren Jahren konnten durch eine sparsame Bewirtschaftung des Stellenplans die Personalkostenansätze deutlich - ich meine konkret: um mehrere hunderttausend Euro – unterschritten werden. Die fortgesetzten erheblichen Kürzungen des Personaletats haben nun aber ihre Spuren hinterlassen: Im Bereich der Personalausgaben sind wir inzwischen schon überaus zufrieden,

wenn wir mit den vorhandenen Mitteln auskommen.

Selbstverständlich sieht der Stellenplanentwurf der Verwaltung per Saldo eine weitere Entlastung in der Stellenbilanz vor; selbstverständlich wird auch in Zukunft eine restriktive Bewirtschaftung des Stellenplans erfolgen – aber: über die bereits im Haushaltsplan vorgesehene Reduzierungen hinausgehende Einsparungen sind nicht mehr zu erwarten.

Die großen Sorgen, von denen nun die Rede sein soll, entstanden, während wir den Verwaltungsentwurf für den Haushalts 2005 zusammenstellten.

Um es gleich vorwegzunehmen: Diese Sorgen waren nicht hausgemacht – die Budgetanmeldungen der Ämter hielten

sich im Rahmen der Finanzplanung und spiegeln wider, daß die Ämter und Einrichtungen weiter an dem Ziel der Haushaltskonsolidierung festhalten.

Aber in anderen Bereichen ging es Schlag auf Schlag:

- Schlüsselzuweisung, minus 3,2 Mio €
- Anteil an der Einkommensteuer, minus 900.000 €
- geringere Gewinnabführungen von Beteiligungsgesellschaften, minus 800.000 €
- durch höhere Fallzahlen steigenden Finanzierungsbeteiligung Sozialhilfe: Mehrbelastung über 400.000 €
- steigende Kreisumlage durch gestiegene Steuerkraft: Mehrbelastung 300.000 €
- steigende Energiepreise: Mehrbelastung über 200.000 €

Insgesamt ergaben sich Verschlechterungen von über 8 Mio. € gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung. Ehrlich gesagt: Angesichts dieser Vielzahl von Hiobsbotschaften packte uns in der Kämmerei manchmal das pure Entsetzen. Letztlich drohte sich sogar Ratlosigkeit breitzumachen, denn immer wieder, wenn wir gerade einen Ansatz, eine Idee gefunden hatten, ein Loch zu stopfen, riss an anderer Stelle ein neues Loch auf.

Aber auch diesmal haben sich Kämmerei, Verwaltung und Verwaltungsvorstand letztlich doch nicht unterkriegen lassen. Getreu dem Motto einer früheren Haushaltsrede „Jammern füllt keine Kammern“, haben wir die Ärmel hochgekremgelt und Ihnen letztlich doch einen Haushaltsplanentwurf auf den Tisch legen können, der sich weiterhin im Rahmen des HSK-Fahrplanes bewegt.

Und was ich dazu vor allem anmerken möchte: ohne Realsteuererhöhungen und ohne völlig unrealistische Haushaltsansätze, wobei aber auch zahlreiche Risikoposten nicht übersehen werden dürfen.

Die wesentlichen Eckpunkte:

- Der Gewerbesteueransatz wurde gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Mio. € auf 39,5 Mio. € erhöht. Dies erschien uns gerechtfertigt, weil wir einerseits in der Finanzplanung ohnehin mit steigenden Gewerbesteuereinnahmen gerechnet hatten, andererseits das Jahresergebnis 2004 deutlich die Erwartungen übertraf und schließlich alle Steuerprognosen weiter steigende Gewerbesteuereinnahmen voraussagen.
- Über die Vorgaben des HSK hinausgehend hat der

Verwaltungsvorstand sich auf weitere Personalkostenreduzierungen verständigt. Hierzu muß insbesondere bei Stellenwiederbesetzungen die bisherige Handhabung der Stellenfreigabe weiter verschärft werden, auch wenn dies im Einzelfall bei den Ämtern und Einrichtungen zu deutlichen Engpässen führt.

- Einen wichtigen Beitrag leisten auch die neu vereinbarten Rettungsdienstgebühren, die eine Einnahmeverbesserung von über einer halben Mio. € versprechen.
- Schließlich konnten in einer „Blitzaktion“ gemeinsam mit den Ämtern weitere 1,1 Mio. € an Einsparungen realisiert werden. Dazu muß aber gesagt werden, daß in diesem Zusammenhang einige Entscheidungen äußerst hart an die Grenzen des Vertretbaren, vielleicht schon darüber hinaus gegangen sind und beispielsweise mit „kaufmännischer

Vorsicht“ nichts mehr zu tun haben. Es sind keine „Phantasiezahlen“ eingestellt worden, aber das Risiko, daß die im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel nicht auskömmlich sind, steigt deutlich. Ich bitte, dies im laufenden Jahr zu berücksichtigen, wenn möglicherweise eine größere Zahl von über- oder außerplanmäßigen Ausgaben zur Entscheidung oder Kenntnisnahme anstehen.

Ungewöhnliche und in den letzten Jahren kaum bekannte Schwierigkeiten ergaben sich schließlich beim Vermögenshaushalt. Hier errechnete sich ein Kreditbedarf von 15,6 Mio. €, dem lediglich ordentliche Tilgungen in Höhe von 5,4 Mio. € gegenüberstanden. Nach Jahren des Schuldenabbaus steht für 2005 eine Nettokreditaufnahme von über 10 Mio. € bevor. Dies ist im wesentlichen darauf

zurückzuführen, daß umfangreiche Investitionen, z.B. im Zusammenhang mit dem Großprojekt Rathaus/Rathausumfeld, sowie für Grunderwerb und Straßenbeleuchtung, finanziert werden müssen. Dem mit dem HSK verbundenen Verbot zur Nettokreditaufnahme entsprechen wir übrigens weiterhin, weil sich die Betrachtung auf den HSK-Gesamzeitraum bezieht.

Ich hatte bereits zu Einzelaspekten darauf hingewiesen, daß der Verwaltungsentwurf mit Risiken befrachtet ist, die deutlich über das hinausgehen, was wir in der Vergangenheit akzeptiert haben. Wie labil die derzeitige Situation ist, mußte ich noch in der vergangenen Woche in einer Besprechung mit dem Kreiskämmerer Dr. Weimer erfahren. Dieser kündigte an, daß - unabhängig von der Frage, welche Auswirkungen denn nun die unter dem

Stichwort „Hartz IV“ zusammengefaßten Reformen für Kreis- und Stadthaushalt mit sich bringen – weitere Risiken drohen. So hat einmal der Landschaftsverband eine neuerliche Erhöhung des Umlagesatzes um einen Prozentpunkt angekündigt, die in voller Höhe an die Städte und Gemeinden des Märkischen Kreises weitergegeben würde. Andererseits sind die nicht von Hartz IV betroffenen Sozialhilfekosten, z.B. bei der Hilfe zur Pflege, beim Märkischen Kreis dermaßen angestiegen, daß zum Ausgleich der Kreisumlagesatz um einen weiteren Prozentpunkt erhöht werden müßte. Wir sprechen in diesem Zusammenhang übrigens von einem drohenden Mehraufwand der Stadt Lüdenscheid von rund 1,5 Mio. €.

Wenn wir schon bei den schlechten Nachrichten sind, dann vielleicht noch eine zum Abschluß:

Die in den nächsten Wochen ebenfalls zu diskutierende und beschließende Finanzplanung geht für das Jahr 2006 von einer deutlichen Erhöhung der Realsteuerhebesätze aus. Wir haben sowohl in der Kämmerei als auch im Verwaltungsvorstand hierüber sehr lange diskutiert und uns ist die Entscheidung, diese Erhöhung in die Finanzplanung aufzunehmen, alles andere als leichtgefallen.

Ich möchte diese Entscheidung gerne erläutern:

- Uns allen ist bekannt, daß Steuererhöhungen gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten wirtschaftspolitisch kontraproduktiv sind. Steigende Realsteuerhebesätze

vermindern die Attraktivität der Stadt Lüdenscheid sowohl als Wirtschaftsstandort als auch als Wohnort. Sie treffen in der einen oder anderen Form all diejenigen, die bereits durch deutlich gestiegene Energiepreise erhebliche Zusatzbelastungen zu verkraften haben. In dem Wissen über diese nachteiligen Auswirkungen haben wir alle gut daran getan, im HSK-Zeitraum bisher nur einmal und dabei auch nur innerhalb eines engen Rahmens auf das Mittel der Erhöhung der Realsteuerhebesätze zurückzugreifen.

Andererseits hatte ich bereits geschildert, daß uns durch externe Einflüsse bereits in 2005 erhebliche Mehrbelastungen ins Haus stehen, die auch in 2006 fortwirken, sich teilweise sogar noch verstärken, so daß dringend ein Ausgleich erforderlich ist.

- Andererseits habe ich auch darauf hingewiesen, daß aufgrund des restriktiven Kurses der letzten Jahre, die ursprüngliche „Fettschicht“ in den Haushaltsansätzen bereits vollständig abgeschmolzen wurde und keine nennenswerten „stillen Reserven“ mehr gehoben werden können.
- Schließlich muß bedacht werden, daß 2006 das letzte Jahr des HSK ist und für dieses Jahr der strukturelle Haushaltsausgleich nachgewiesen werden muß. Dies bedeutet, daß die laufenden Einnahmen dazu ausreichen müssen, die laufenden Ausgaben abzudecken. Dementsprechend können Einmaleffekte und Vermögensverzehr keine Berücksichtigung finden. Gelingt dieser strukturelle Ausgleich nicht, wird Lüdenscheid in 2006 zur sogenannten 81er-Gemeinde, also einer Stadt, die über keinen genehmigten Haushalt verfügt und deshalb den Restriktionen

der vorläufigen Haushaltsführung nach § 81 der Gemeindeordnung unterworfen wird.

Ich spreche mich in aller Deutlichkeit dafür aus, daß wir alle und alles versuchen sollten, in einer gemeinsamen Anstrengung die - aus der Not heraus - vorgeschlagene Erhöhung der Realsteuerhebesätze noch zu vermeiden.

Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
in zahlreichen Haushaltsreden dieser Tage werden schwerwiegende Vorwürfe gegen Bund und Länder erhoben. Ich sage deshalb „Länder“, weil es sich nicht um eine NRW-spezifisches Problem handelt. Zu Recht wird darauf hingewiesen, daß diese immer noch Entscheidungen treffen, die im kommunalen Bereich zu erheblichen finanziellen Belastungen führen, ohne

hierfür einen Ausgleich zu gewähren. So spüren wir beispielsweise die Auswirkungen der von Bund und Ländern beschlossenen Einkommensteuerreform in diesem Jahr wieder deutlich beim gesunkenen Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.

So berechtigt diese Kritik aus kommunaler Sicht auch ist, so unbefriedigend ist aber ihre ökonomische Auflösung: aufgrund ihrer eigenen drastischen finanziellen Probleme sind weder Bund noch Länder in der Lage, dieser Forderung nachzukommen. Es ist ökonomisch falsch so zu tun, als liege lediglich ein Verteilungskonflikt zwischen Bund und Ländern auf der einen Seite und den Kommunen auf der anderen Seite vor; nein, es handelt sich vielmehr um ein Finanzierungsproblem des gesamten öffentlichen Sektors.

Daß die bereits seit Jahren bestehenden Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte immer noch nicht behoben werden konnten, hat aus meiner Sicht mindestens zwei Ursachen:

1.

und dies ist der naheliegende Aspekt – betrachten sich Bund, Länder und Gemeinden immer wieder als voneinander mehr oder weniger unabhängige Sphären. Wer versucht, die eigenen Probleme zu Lasten anderer zu lösen, zieht nur an der insgesamt zu kurzen Decke, vergrößert diese aber nicht, damit sie für alle reichen könnte.

2.

und das ist der verborgene Aspekt, auf den ich etwas ausführlicher eingehen möchte: wir leiden an einer mangelnden ökonomisch-theoretischen Durchdringung

der Probleme. Ich will dies an lediglich einem Beispiel verdeutlichen:

Bei der Kalkulation der Gegenfinanzierung der bereits angesprochenen Einkommensteuerreform wurden erhebliche Wachstumsimpulse vorhergesagt; die Überlegung war: wer weniger Steuern zahlt, hat mehr Nettoeinkommen zur Verfügung und konsumiert daher mehr. Tatsächlich haben zahlreiche Preissteigerungen, z.B. auch im Energiesektor, einen Gutteil der Mehreinkünfte bereits „aufgefressen“; tatsächlich mußten zahlreiche Menschen in wirtschaftlich angeschlagenen Unternehmen reale Einkommensverluste hinnehmen; tatsächlich veranlaßt auch die unsichere Entwicklung der Altersversorgung immer mehr Menschen, ihre Sparbemühungen zu verstärken, was insgesamt zu einer sehr hohen Sparquote in unserem Land führt.

Im Ergebnis bedeutet dies: weniger Steuereinnahmen, aber keine nennenswerten Konjunkturreffekte.

Wohl in keinem Sektor gingen in den vergangenen Jahren Analysen und Prognosen so an den tatsächlichen Entwicklungen vorbei, wie bei zentralen ökonomischen Fragestellungen. Hierfür seien nur zwei Ursachen angerissen:

1. Ökonomische Diskussionen sind zu Lagerdiskussionen verkommen. Neoklassiker gegen Keynesianer, darum geht es. Welch merkwürdige Blüten dies in unserem Land inzwischen getrieben hat, konnte man in den letzten Wochen der Tagespresse entnehmen, die über heftige persönliche Auseinandersetzungen zwischen den sogenannten Fünf Wirtschaftsweisen zu berichten wußte. Hier hatte man den Eindruck, daß eher persönliche

Eitelkeiten gepflegt wurden, anstatt sich mit den anstehenden Problemen engagiert auseinanderzusetzen.

2. Die ökonomische Diskussion und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen sind viel zu sehr nationalökonomisch bestimmt. Hier wird so getan, als sei man in Deutschland mit eigenständigen Maßnahmen in der Lage, über Wohl und Wehe der Wirtschaft autonom zu entscheiden. Globalisierung oder auch nur die Europäisierung der Märkte, auch für zahlreiche Lüdenscheider Unternehmen tägliche harte Realität, kommen in der ökonomischen Diskussion der Schwierigkeiten des Öffentlichen Sektors nur als Marginalie vor. Es wird zwar viel von Globalisierung gesprochen, die theoretischen Modelle setzen dies aber kaum um.

Maßnahmen, die auf einer dermaßen reduzierten Modellbildung beruhen, müssen fehl gehen!

Mir ist bewußt, Herr Bürgermeister, mein Damen und Herren, daß wir mit dieser Erkenntnis nicht viel retten können. Aber ich wäre schon sehr froh darüber, wenn ich zumindest ein gewisses Problembewußtsein für diese gefährliche ökonomisch-theoretische Schieflage bei Ihnen geweckt hätte, denn sie ist mit ursächlich für zahlreiche Probleme, mit denen wir uns heute auseinandersetzen müssen.

Herr Bürgermeister, mein sehr geehrten Damen und Herren,

der Verwaltungsentwurf eines Haushaltsplans kann nicht vom Kämmerer allein erstellt werden. Hierzu war und bin ich auf die kompetente und tatkräftige

Unterstützung zahlreicher Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei angewiesen.

Ich möchte mich auch dieses Mal herzlich für die Mitarbeit bedanken. Mein

besonderer Dank gilt Michael Walker, der

in den letzten Wochen und Monaten eine massive Doppelbelastung auf sich

genommen hat, um die nach wie vor

bestehende Vakanz in der Leitung des

Amtes für Finanzen und

Wohnungsbauförderung auszugleichen.

Er hat mich bei den Vorbereitungen zum

Haushalt wie immer hervorragend

unterstützt und wird auch Ihnen, meine

Damen und Herren, in den nächsten

Wochen bei den Ausschußberatungen

wieder zur Verfügung stehen.

Erlauben Sie mir in diesem

Zusammenhang einen Nachsatz: Es wird

in unserem Land und manchmal auch in

unserer Stadt über Mitnahmementalität

und Beamtenprivilegien sehr kritisch

diskutiert – in vielen Fällen sicherlich zu

Recht. Daß es aber auch anders geht, daß ohne Murren und Knurren angepackt ist, wo „Not am Mann“ ist – das halte ich wirklich für „der Rede (und des ausdrücklichen Lobes) wert“!

Insbesondere den neugewählten Ratsmitgliedern möchte ich für die kommenden Haushaltsberatungen anbieten, jederzeit die kompetente und hilfsbereite Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Abspruch zu nehmen. Hier können Sie sicher sein, daß jede Frage schnell, exakt und gewissenhaft beantwortet wird.

Ihnen, Herr Bürgermeister, meine sehr geehrte Damen und Herren, danke ich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe in den nächsten Wochen auf konstruktive und erfolgreiche Beratungen – zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Lüdenscheid.